

druck zu verleihen, indem die Sicherung der Baustelle, durch Polizei und Mauer, angegriffen wurde.

Die Mehrheit der Demonstranten ließ dieses Bemühen eher unberührt, oder sie haben die Kundgebung verlassen. Die wenigen „Gewaltfreien“, die ja manchmal militant für ihre Ideologie eintreten, hatten sich zwischen Wasserwerfer und Zaunaktivisten stellen wollen, um diese bei ihren Aktionen zu behindern, wurden aber ebensoll wieder vom gasdurchsetzten Naß vertrieben.

Viele waren arg betroffen, wie sehr die Polizei die Demo im Griff hatte, was schließlich darin gipfelte, daß am Ende der Kundgebung abziehenden Demonstranten vom Polizeihubschrauber aus ein guter Heimweg gewünscht wurde, während gleichzeitig mit Gasgranaten auf sie geschossen wurde.

Die Berichte aus den Medien erscheinen beiläufig, die Masse der AKW-Gegner, die nicht dabei war, meint nichts verpaßt zu haben.

Durch diesen Kalkarfrust entwickelte sich im Göttinger Arbeitskreis eine Diskussion, die wir versuchen wollen, in ihren wesentlichen Punkten wiederzugeben:

Obwohl Kalkar in seiner politischen Bedeutung von manchen nicht geringer als Brokdorf eingeschätzt wurde, fehlte die Entschlossenheit der Anti-AKW-Bewegung.

So bot der schnelle Brüter, das Fiasko der deutschen Atomindustrie, der 12-seitige Auflagenkatalog, der das Demonstrationsrecht einschränkte wie nie zuvor, und der sich in den letzten Mobilisierungswochen abzeichnende Regierungswechsel in Bonn, zu einer Regierung, die das Atomprogramm forciert durchdrücken will, eigentlich genügend Gründe, seine Wut vor Ort auszudrücken.

Oder waren dies gar Gründe, die einen eher zu Hause bleiben ließen?

Wieso es zu dieser Bergabentwicklung gekommen ist, war Hauptpunkt der Diskussion. Von Frust war dabei häufig die Rede. Frust über das Ergebnis eines jahrelangen Kampfes, der keinen handfesten Erfolg vorzeigen kann. Allerdings werden hierbei oft die Erfolge vergessen, die sich in Verzögerungen im Bau vieler AKWs und in dem entstehenden politischen Bewußtsein eines Teils der Bevölkerung ausdrückt.

Denn Frust entsteht auch bei Leuten, die Demos als Freizeitbeschäftigung betrachten und oft den Ernst der Lage verkennen. Im übrigen, so wurde auch vertreten, sei die politische Situation im Moment nicht mehr so gegeben, wie sie es z.B. vor Brokdorf war, als unter anderem auch die Medien durch ihre täglichen Hetzartikel, ihren Beitrag zur Mobilisierung leisteten. Denn trotzdem, so wurde gesagt, soll Widerstand auch Spaß machen, daß kann er aber meistens nur, wenn auch Erfolge zu sehen sind. Wie sind aber größere Erfolge zu erzielen, wenn ein Großteil der Bewegung sich 1. nur auf den Demos sehen läßt, nicht aber auf der Vorbereitung und sich 2. deshalb viele passiv und unsicher verhalten?! Damit bieten sie natürlich auch für die neuen Polizeitaktiken einen hervorragenden Angriffspunkt.

Da fehlt besonders in letzter Zeit eine flexible Demotaktik von Seiten der Demonstranten. Wie war das z.B. vor Brokdorf, als den



Foto: Jürgen Lecher



Bullen die Alternative gestellt wurde, uns entweder durch die Sperren zu lassen, oder eine Demo im Heimatstädtchen in Kauf zu nehmen.

Ist es nicht vielleicht auch so, daß das Wiederholen **abgeschwächter** Widerstandsformen zu einem Rückgang der Beteiligung an ihnen geführt hat?

Und ist es nicht häufig so, daß die Dogmatik bestimmter Demonstranten ebenso starr ist, wie der Polizei- und Staatsapparat, dem sie gegenüber stehen. Sei es, daß es sich hierbei um bestimmte Gewaltfreie oder gewisse Autonome handele.

Was gänzlich fehlt, ist ein Abwägen bestimmter Widerstandsformen in der gegebenen Vorortsituation. Was vielmehr eintritt ist eine totale Passivität vom Großteil der Demonstranten, da sie mit der praktizierten Form des Widerstandes nicht einverstanden sind.

jan und ines

Kommando Uhu

„Um unsere Machtlosigkeit zu durchbrechen, haben wir in der Nacht von Dienstag auf Mittwoch den Weiterbau der Atomanlagen verzögert, indem wir bei einschlägigen Essener Firmen der Atommafia die Eingangsschlösser zugeklebt haben und mit 'Stoppt Kalkar' beschriftet haben: Hochtief AG, RWE, Gesellschaft für Nuklearservice, Deminex, Steag, Siemens, Montan-Consulting GmbH ...

Der Brüter von Kalkar ist für uns der Inbegriff von Menschenverachtung. Er dient dazu, die Versuche des Deutschen Reiches, Atommacht zu werden, zu Ende zu bringen. Die neue europäische Supermacht unter der Führung der BRD soll uns durch Besitz und Export der Bombe endlich ins 1000jährige Reich führen, und nebenbei wird ganz schön abgesahnt.

Unsere Machtlosigkeit am Bauplatz zeigt sich immer mehr. Deshalb kommt aus euren Löchern, bis die Atomgeier kein Schloß mehr aufkriegen.

STOPPT KALKAR!“

Kommandoerklärung, 30.9.1982

„Im Rahmen der Aktionen gegen den Schnellen Brüter in Kalkar und den Hochtemperaturreaktor in Hamm-Uentrop haben wir in der Nacht vom 30.9. zum 1.10. stellvertretend für alle anderen Firmen die Anstalten 'Brown, Boveri & Cie' (BBC), Hansaring, 'Honeywell Bull', Hohenstaufenring, 'Roderus', Maarweg, 'Gesellschaft für Reaktorsicherheit', Glockengasse, 'AEG', Stollbergerstraße, schließen müssen, weil sie trotz eindringlicher Warnungen noch immer am Atomgeschäft beteiligt sind. Aus Profit- und Machtgründen machen sie Geschäfte mit dem Leben von Millionen Menschen.

Gleichzeitig sind diese Schließungen aber auch als Probe für andere Unternehmen gedacht, die durch gezielte Türsprengungen beweisen können, daß sie die Fähigkeiten zum Abriß von AKW's besitzen.“

30.10.

Ähnlich wie bei der Kalkar-Demonstration gibt es auch im Vorfeld der Großaktion gegen das Atommüllendlager Schacht Konrad Auseinandersetzungen und Kontroversen innerhalb der regionalen Anti-AKW-Bewegung. Drei verschiedene Aufrufe - einer von der Regionalkonferenz südostniedersächsischer BI's, einer von den Grünen, einer von den autonomen Gruppen in der Region - sind Ausdruck dieser Zerrissenheit.

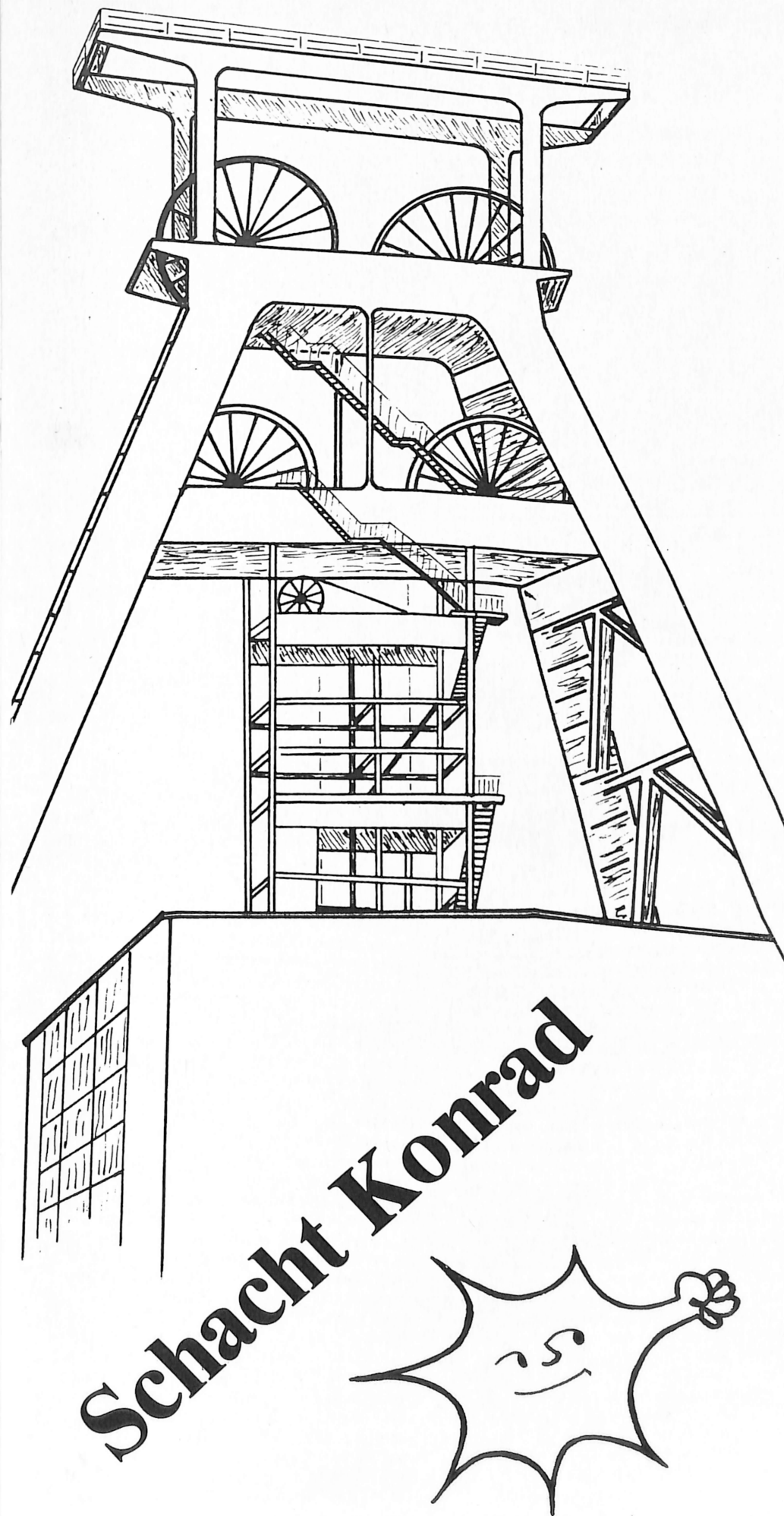
Da die Endphase der Vorbereitungen sowie die Demo selbst zeitlich mit dem Druck und dem Verschicken des Atom Express zusammenfallen, halten wir es nicht für sinnvoll, die einzelnen Aufrufe zum Widerstand gegen Konrad und zum Ablauf des 30. 10. im Detail vorzustellen. Die dahinter stehenden allgemeinen Vorstellungen der verschiedenen Fraktionen des Anti-AKW-Spektrums werden in den Beiträgen zu Kalkar und insbesondere zu Gorleben deutlich gemacht.

Um dennoch einen kurzen Überblick über die Situation vor Ort zu geben, drucken wir nachfolgend den „Bericht zur Lage“ der Lebenstedt-Gruppe, einem Zusammenschluß regionaler BI's, ab. Stand: Drei Wochen vor dem großen Tag.

„Wie im letzten Rundbrief berichtet, war die Vorbereitung der Konrad-Aktionen, die nun mittlerweile seit Februar (!) läuft, ziemlich kompliziert, weil mehrfach Änderungen beschlossen wurden.

Der eigentlich an den Beginn des Planfeststellungsverfahrens gebundene Demonstrationstermin wurde später auf den 30. Oktober verlegt; dann setzte eine politische Strömung durch, daß die Demonstration nur von einem kleinen Dorf (Engelnstedt) zum anderen kleinen Dorf (Bleckenstedt) gehen soll, um schneller 'am Schacht' zu sein. Obgleich die Mehrheit der Gruppen der Regionalkonferenz die Demonstration mit einer Auftaktkundgebung in Salzgitter-Lebenstedt, der politischen Metropole von Salzgitter, beginnen wollte, wurde das andere Konzept als vermeintlicher Kompromiß beschlossen. Weil man, will man von Lebenstedt zum Schacht, auch durch Engelnstedt kommt, sei die Strecke Engelnstedt - Schacht das gemeinsame Teilstück. Die Regionalkonferenz beschloß, nur zu diesem Teilstück aufzurufen, während alle Sachen, die vorher laufen, eigenständig organisiert werden müssen.

So entstand die Lebenstedt-Gruppe als Aktionsbündnis für eine politische Großkundgebung in Salzgitter-Lebenstedt und einer anschließenden Demo zum Schacht. Ein Motor für die Lebenstedt-Gruppe waren zunächst die Grünen, die jedoch neben den Aufruf der Regionalkonferenz (Engelnstedt-Bleckenstedt-Schacht) und den Aufruf der Lebenstedt-Gruppe (Lebenstedt-Engelnstedt-Bleckenstedt-Schacht) noch einen eigenen setzten. Hierin wurde zur Teilnahme an der Gesamtkundgebung und zur Gewaltfreiheit aufgerufen.



Nach Gorleben meinten jedoch die meisten Kreisverbände der Grünen, daß sie lieber ganz aussteigen wollten, weil demonstrieren heutzutage zu gefährlich ist. Dann jedoch, vor 14 Tagen, kam ein neues 'Konzept' auf den Tisch: Teilnahme an der Lebenstedt-Kundgebung, Demonstration über Engelstedt nach Bleckenstedt, und hier (wahrscheinlich weniger als 1000m entfernt von der anderen Abschlußkundgebung) eine eigene Abschlußkundgebung und ein anschließendes Anti-Atom-Fest. Das ist der Stand, und der ist so kompliziert, daß selbst Gruppen hier vor Ort gar nicht mehr wissen, was sie davon halten sollen. Man kann also:

- Von Lebenstedt zum Schacht demonstrieren,
- von Engelstedt zum Schacht demonstrieren,
- von Lebenstedt nach Bleckenstedt zur Festwiese demonstrieren,
- von Engelstedt nach Bleckenstedt zur Festwiese demonstrieren,
- nur zur Kundgebung in Lebenstedt kommen oder

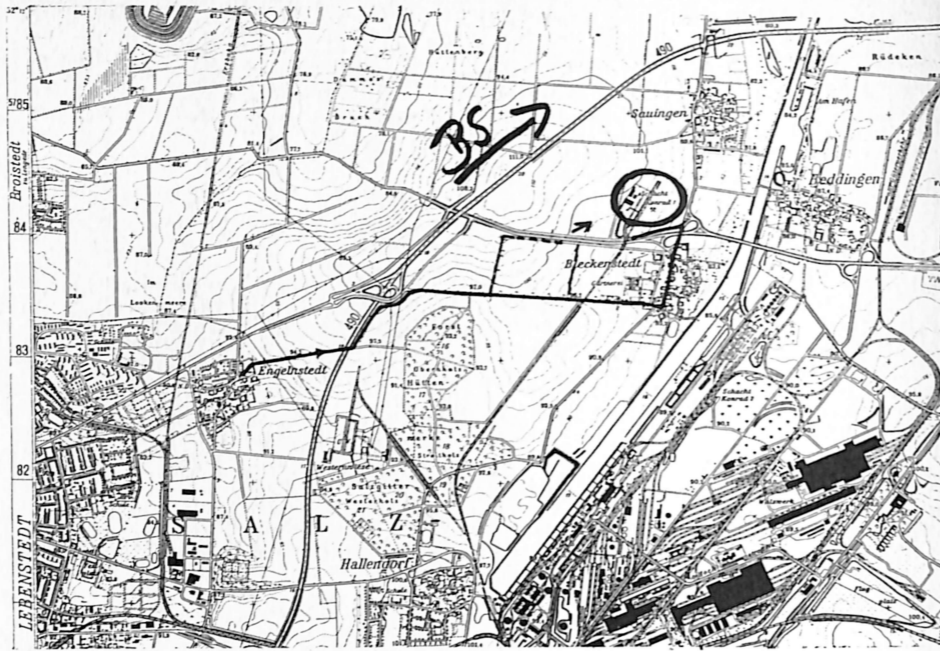
- nur zur Sportplatz-Fete der Grünen gehen. Wenn das kein vielfältiges Angebot ist. Dabei nehmen für sich in Anspruch 1. die Grünen, daß ihr Konzept angeblich von der örtlichen Bevölkerung getragen wird, und daß wer darüberhinaus zum Schacht geht, nur Zoffe will; 2. die Lebenstedt-Gruppe, daß ihr Konzept am politischsten ist, die örtliche Bevölkerung am gezieltesten anspricht; 3. die Regionalkonferenz, daß ihr Konzept das entschiedenste ist.

Für den Betrachter sieht das ganze nicht wie die ernsthafte Vorbereitung einer Großaktion gegen das erste bundesdeutsche Atommüllendlager aus, sondern eher wie ein Kasperle-Theater.

Von mehreren Seiten werden wichtige Erfahrungen, wie etwa die Tatsache, daß wir nur gemeinsam etwas erreichen können, einfach vom Tisch gewischt. Auf der Regionalkonferenz, auf der Autonome in den letzten Monaten recht stark vertreten waren, wurde plötzlich überhaupt keine Rücksicht mehr auf Minderheiten genommen, als könne man auf die Menschen, die dahinter stehen, verzichten. Auf der Landesdelegiertenkonferenz der Grünen wurde andererseits abgestimmt, als gäbe es die Regionalkonferenz und die Anti-AKW-Initiativen hier vor Ort überhaupt nicht."

Betr.: Konrad-Berichterstattung

In den letzten Tagen vor Redaktionsschluß haben wir noch mehrere Artikel und Stellungnahmen zum Widerstand gegen Schacht Konrad erhalten - Vielen Dank! Wir haben noch einmal länger darüber diskutiert, uns dann aber entschieden, nichts mehr aufzunehmen, aus den eingangs erwähnten Gründen (siehe erste Seite zum Schacht). Lieber Michael Krempin, wir hoffen, du bist uns nicht allzu böse, daß von deinen drei Artikeln keiner reinkommt ...



ATOMSTAAT IN SALZGITTER

Der Umzug eines Mannes von Lüchow nach Salzgitter verdeutlicht den Stellenwert, den auch Betreiber und Regierung Schacht Konrad beimessen. Der Name dieses Mannes ist Kulke, sein Auftraggeber ist das BMFT und sein Job läßt sich am besten mit Bürgerdialog-Experte beschreiben. Als Leiter der „Informationsstelle über nukleare Entsorgung von Bund und Land“ hatte sich Kulke jahrelang im Wendland zu profilieren versucht (mit mäßigem Erfolg übrigens), nun soll er im Herbst ein entsprechendes Büro in Salzgitter aufmachen. Mit seinem ersten ganz großen Auftritt hat sich Kulke jedoch schon alles verscherzt. Unter seiner Leitung fand nämlich am 23. September eine Informationsveranstaltung zur Schacht Konrad-Problematik statt, die von der Polizei mitgeschnitten wurde. Zudem wurden die Autokennzeichen aller Versammlungsteilnehmer notiert. Nicht, daß Bespitzelungen dieser Art an Atom-Standorten etwas besonderes wären - das Besondere ist die Unverfrorenheit, mit der Kulke, der angetreten ist zum Dialog mit den AKW-Gegnern, sich von der Politischen Polizei einspannen läßt, und das Besondere ist die Dreistigkeit, mit der er diese Tatsache zunächst zu leugnen versuchte. Nach der Veranstaltung hatte Kulke auf

Anfrage der Grünen gesagt, daß eine Bespitzelung nicht stattgefunden hätte; von den Bürgerinitiativen mit Tonbandprotokollen aus dem Polizeifunk konfrontiert, erklärte K. dann, von den Abhörungen nichts gewußt zu haben. Erst nachdem die BI's ihn öffentlich aufgefordert hatten, sein geplantes Büro gar nicht erst aufzumachen, gab Kulke eine Erklärung ab, in der er sein Mitwissen über die Polizeimaßnahmen eingestand: „Die Tonbandaufnahme der Polizei wurde ohne meine Kenntnis durchgeführt. Erst nach Veranstaltungsende erfuhr ich, mit der dringenden Bitte, keine Angaben über die Aufzeichnungen zu machen, von der Existenz dieses Tonbandes. Dieser Bitte bin ich nachgekommen. Leider habe ich diese Darstellung einige Tage lang vertreten. Entsprechend meinem Wunsch erhielt ich von der Polizei die Zusage, daß keine Autokennzeichen von Versammlungsteilnehmern notiert werden sollten. Aus dem aufgezeichneten Polizeifunk geht das Gegenteil hervor. Diese Begleitumstände und ihre Folgen haben mich betroffen gemacht und mich erkennen lassen, daß ein Dialog unter Polizeimaßnahmen dieser Art - von denen ich mich distanzieren - unmöglich ist.“ **Stimmt!**

Auszüge aus dem Polizeifunk

Dora 19: „...wir waren mal eben am Schacht und jetzt fahren wir mal die 490 ab.“
Ulrich 9: „laßt euch nur nicht am Schulzentrum sehen und bleibt an der nördlichen Seite.“
Dora 19: „Ja, steht ja in dem Schreiben drin, wir wissen bescheid.“
Ulrich 9: „Es kommen jetzt 5, 6 Leute, die uns aus der Wohngemeinschaft in Bleckenstedt bekannt sind.“
Ulrich 9: „Hab' ich gesehen, die sind mir persönlich so vom Sehen her bekannt. Die sind allerdings so zu den Krawallstörern dazuzurechnen.“
Ulrich 4: „Werd' mal gucken, ich schleich' ja hier rum.“
Ulrich 9: „Hier, der Wagen fährt vor, der Info-Wagen fährt vor. 'Kein Atommüll in Schacht Konrad' - haben die Erlaubnis, auf den Platz zu fahren?“
Ulrich 9: „Richtig, der rote Bauwagen, er ist neu gestrichen, er kommt gerade an, ich nehme an, das hier ist der Chef von der Kommune, der steht da vorne, jawoll, so'n langhaarigen schwarzen Bart ...“
Ulrich 2: „Eben wurde festgestellt, daß im Saal ein in Anführungszeichen Spitzel sei und Sprechchöre 'Hase raus, Hase raus'.“
Ulrich 2: „Es wäre angebracht, wenn mit Ende der Veranstaltung sofort ein K-Beamter unauffällig mit Kulke in Verbindung tritt, daß Kulke keinesfalls erzählt, daß hier ein Tonband mitläuft. Es wurde hier von einem Grünen nachgefragt, ob hier ein Tonband mitläuft, dies sei angeblich von Herrn Kulke gesagt worden.“
Ulrich 1: „Ja, ich habe Sie aufgenommen, ich halte das für eine Finte, eine Ente, denn ich kann mir nicht vorstellen, daß Kulke so eine Aussage macht, das ist nahezu unmöglich.“
Usw. usf. ...

Broschüre zum Schacht

Die BI Oststadt/List gegen Atomanlagen (OLGA) hat Mitte September eine ganz hervorragende Broschüre veröffentlicht, in der die Machenschaften der Bundesregierung und der Atomlobby, Schacht Konrad zu einem riesigen Atommüllendlager herzurichten, aufgedeckt werden. Schwerpunkte der Broschüre sind

1. die enorme Bedeutung eines sofort betriebsbereiten Lagers für das Atomprogramm
2. die Schwächen des offiziellen Untersuchungsberichtes
3. die Propagandalüge, es würde nur „schwach“aktiver Müll eingelagert
4. die Rolle des Salzgitter-Konzerns, der über diverse Töchter sich sein eigenes Bergwerk abkauft, begutachtet, betreibt und schließlich auch beliefern will.

Im Anhang finden sich Einzelheiten zum Genehmigungsverfahren und erste Pressestimmen.
Bestelladresse:
Gerd Kersten, Podbi 84, 3000 Hannover 1.
Preis: 2.50 DM, für Wiederverkäufer ab 10 Expl. 1.50 DM + Porto.

Kein AKW in Pfaffenhofen

* KEIN ATOMKRAFTWERK IN PFAFFENHOFEN ! Juli 1982 *
* Wir wollen ein zusätzliches Atomkraftwerk im Donauried verhindern. Gundremmingen ist mehr als genug. Eine strahlende Ruine reicht. Pfaffenhofen darf nicht Atomgebiet werden. Warum baut man Atomkraftwerke mitten auf der Wiese, weit von den Ballungszentren entfernt? Diese brauchen eventuell den Strom. Man ist der Meinung, die wenigen Menschen im Donauried sind bei einem Reaktorunfall gerade noch zu evakuieren, denn man baut da Atomkraftwerke wo sie politisch durchsetzbar sind! Doch dies hier im Donauried ist Do-ein
* WIR WOLLEN IM VORGESEHENEN AKW-GEBIET EIN GRUNDSTÜCK KAUFEN, UM DIESEN GRUND UND BODEN BESSER VERTEIDIGEN ZU KÖNNEN. EIN JEDER KANN MITBESITZER WERDEN, ANTEILMÄßIG SEINER EINZAHLUNG AUF DEN SONDERKONTEN BEI DER "RAIFFEISENBANK UNTERES ZUSAMTAL" 100014508 Bankleitzahl: 720 691 79 UND BEI DER SPARKASSE BUTTENWIESEN 881.465 Bankleitzahl: 720 515 20
* Macht mit! ab 20.--DM aufwärts ist ein jeder Betrag gern gesehen. Geben Sie bei der Einzahlung unbedingt Ihre genaue Adresse an. * Kontaktadressen: Dr. Meyer * Tel: 06274 / 323 Dr. Michel * Tel: " / 1366
* Trugschluss gefährlich menschen-tend. Wir uns dies nicht und hoffen auf zung von Nah und stand, gewaltfrei aber hart auf vier Säulen. Den verkaufsunwilligen Bauern, die erkannt haben, daß sie zwar Geld gewinnen, aber Existenz und Heimat verlieren; der Gemeinde Buttenwiesen, die einstimmig NEIN sagt zu einem AKW im Ortsteil Pfaffenhofen, der Schutzgemeinschaft Donauried, die den Widerstand koordiniert, und dem Bund Naturschutz, der sein Grundstück im AKW-Gebiet mit allen Rechtsmitteln verteidigen wird. - Helft mit, laßt uns den Betreibern ein Grundstück vor der Nase wegschnappen!
* *****
* HANDE WEG VOM DONAURIED E.V.
* 8851 Buttenwiesen
* ge- und verach- lassen gefallen die Unterstüt- Fern. Unser Wider- in der Sache basiert
* *****

... kein Zwischenlager in Obrigheim

Daß in Obrigheim ein Zwischenlager für abgebrannte Brennelemente errichtet wird, bleibt die starke Vermutung der Bürgerinitiativen der Region Neckar - Odenwald - Tauber.
Im Frühjahr des Jahres wurde durch ein BI-Mitglied der Bürgerinitiativen Klage gegen die erste teillerrichtungsgenehmigung für ein Notstandssystem und ein Brennelementlagerbecken im KWO erhoben, welche ohne öffentliche Auslegung und Bürgerbeteiligung erteilt worden ist. Die vom Rechtsanwalt angeforderten genehmigungsunterlagen wurden bisher nur teilweise vorgelegt. Diese Unterlagen belegen jedoch, daß das

Brennelementlagerbecken für 800t abgebrannte Brennelemente, das bedeutet die Zwischenlagerung für die in 20 Jahren Betriebszeit anfallenden Atomabfälle, konzipiert und ausgelegt ist. Gegen die Erklärung des Betreibers und des Ministeriums, das Lagerbecken vorübergehend zu nutzen, um Reparaturen im AKW ausführen zu können, stehen also weiterhin unsere befürchtungen entgegen ... Wir meinen, daß es im Interesse aller Bürger unserer Region ist, zu wissen, was die Betreiber des KWO wirklich vorhaben.

Presseerklärung der örtlichen BIs